

Avanti ²

Theoriebeilage
Trotzkis
Faschismusanalyse

ISO Rhein-Neckar

STREIKRECHT VERTEIDIGEN!



INHALT	EDITORIAL	INHALT
TITEL		BETRIEB & GEWERKSCHAFT
01 GEWERKSCHAFTEN Streikrecht verteidigen	<p><i>Liebe Leserinnen und Leser,</i></p> <p>das Ende der harten Tarifaueinandersetzung der GDL bei der DB AG hat gezeigt, dass in der Regel nur mit Erzwingungsstreiks reale Erfolge für die Beschäftigten erzielt werden können. Das in Deutschland durch die „Rechtsprechung“ eingeschränkte Streikrecht gilt es zu verteidigen – und auszuweiten.</p> <p>Wir beschäftigen uns in der April-Nummer von <i>Avanti</i>² mit dieser wichtigen Frage. Deren Beantwortung ist auch für den Kampf gegen die faschistische Bedrohung – dem zweiten Schwerpunkt dieser Ausgabe – von zentraler Bedeutung.</p> <p>In der Theoriebeilage veröffentlichen wir einen fundierten Text zu Trotzki gerade heute wieder bedeutsamer Faschismusanalyse.</p> <p style="text-align: right;"><i>Eure Redaktion</i></p> <hr style="width: 20%; margin: 10px auto;"/> <p style="text-align: center; font-size: small;"><i>Titelbild: Grafik und Foto: Avanti².</i></p>	08 AFD Offensiv im Betrieb
EDITORIAL / INHALT / KURZ & KNAPP		ISO / POLITISCHE BILDUNG
02 KAPITALISMUS Kurz & knapp?		09 INFOABEND Faschismus gegen Fauen?
SEITE DREI		10 LESEKREIS Ursachen des Rechtsrucks
03 GEWERKSCHAFTEN Streikrecht verteidigen		11 SEMINAR Faschismus wie bekämpfen?
KRIEG		RÜCKBLENDE / TERMINE
04 MILITARISMUS Kriegstreiber stoppen?	12 KZ KISLAU Kein Geld fürs Gedenken	
ANTIFASCHISMUS	12 TERMINE	
05 RECHTSRUCK Was tun	THEORIEBEILAGE	
BETRIEB & GEWERKSCHAFT	01 FASCHISMUSTHEORIE Veraltete Analysen Trotzki's	
06 GDL Erfolg durch Streiks?		

Preis der Energieverschwendung

R. S.

Von 131 Milliarden verbrauchten Kilowattstunden (kWh) pro Jahr gehen nach Berechnungen des Vergleichsportals Check24 in Deutschland rund 10 Milliarden kWh auf das Konto des „Standby-Modus“. Das entspricht etwa 8 % des gesamten in privaten Haushalten verbrauchten Stroms. Diese Strommenge entspricht ungefähr der Stromerzeugung eines Atomkraftwerks mittlerer Größe. Pro Stunde werden durch Standby-Betrieb etwa 520.000 kg Kohlendioxid in die Atmosphäre geblasen, die aufs Jahr gerechnet 4,5 Milliarden kg ergeben. In Euro umgerechnet kommen so jährlich bundesweit 3,8 Milliarden Euro zusammen. Warum also Elektrogeräte nicht ausschalten?

(Quelle: FR vom 23./24.03.2024.) ■

K
U
R
Z
&
K
N
A
P
P

Profiteure der Ausbeutung

M. G.

Bei den meisten Aktiengesellschaften (AG) ist jetzt Zahltag. Durchschnittlich schütten Großkonzerne rund 40 % als Dividenden an die Aktionär:innen aus, der Rest bleibt in der AG.

Laut Berechnungen der DZ Bank zahlen die 100 größten deutschen AG dieses Jahr etwa 60 Milliarden Euro aus. Die Mehrheit der 40 Dax-Konzerne hat ihre Dividende für das letzte Jahr sogar erhöht.

Allianz wird ebenso wie Mercedes-Benz im Mai rund 5,5 Milliarden Euro an Dividenden auszahlen, VW 4,3 Milliarden Euro. Profite sind Resultat von Ausbeutung und kein Naturgesetz. Warum nicht Profite zum wirksamen Kampf gegen Armut, Unwissenheit und Naturzerstörung vergesellschaften?

(Quelle: FR vom 28./29.03.2024.) ■

Streikrecht verteidigen

U. D.

Deutschland ist kein streikgeschütteltes Land. Die Hans-Böckler-Stiftung zählte im Zeitraum 2012 bis 2021 lediglich 18 Streiktage pro 1000 Beschäftigten. In Belgien waren es dagegen 96 und in Frankreich 92 Streiktage.

Trotzdem fordern Unternehmensverbände und deren politische Hilfstruppen immer wieder weitere Einschränkungen des Streikrechts.

Streikrecht in Fesseln

Aber das Streikrecht ist in Deutschland längst eingeschränkt. Zwar regelt Artikel 9 Ziffer 1 des Grundgesetzes eindeutig die Vereinigungsfreiheit, doch das Recht, „Arbeitskämpfe [...] zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ führen zu dürfen, wird aus Artikel 9 Ziffer 3 „nur“ abgeleitet.

Zudem gibt es zahlreiche Streikhemmnisse. Zum Beispiel im Tarifvertragsgesetz, im Betriebsverfassungsgesetz, im Arbeitsförderungsgesetz und im Beamtenrecht. So können nur tariffähige Gewerkschaften zum Streik aufrufen, dürfen Beamte nicht streiken und sind während der Laufzeit von Tarifverträgen Streiks verboten.

Nicht zuletzt gelten politische Streiks als rechtswidrig. Grund dafür sind Urteile zum „Zeitungsstreik“ im Jahr 1952. Diese Urteile stützten sich auf ein Gutachten des Juristen Nipperdey, der schon während der faschistischen Diktatur ein wichtiger Arbeits-Unrechtler war. Demnach dürfen Streiks nur zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen geführt werden, nicht aber zur Durchsetzung politischer Forderungen. Dies ist bis heute die herrschende Rechtsauffassung.

Für Geld tun sie alles ...

Aktuell nutzen die neoliberalen Scharfmacher die Streiks von GDL, Cockpit und ver.di, um ein noch schwächeres Streikrecht durchzusetzen. Für Isabel Cademartori (SPD) übersteigt der GDL-Streik „das Maß des Zumutbaren“. FDP-Generalsekretär Djir-Sarai will „eine maßlose Streikgier, wie wir sie erlebt haben, in Zukunft“ unterbinden. Verkehrsminister Wissing (FDP) will prüfen, ob „wir eine Änderung brauchen.“ Und natürlich will auch BDA-Hauptgeschäftsführer Kampeter Streiks strikter regeln.

In Wahrheit geht es ihnen alleine um das störungs- und streikfreie Funktionieren der kapitalistischen Profitmaschine. Sie wollen die Streikenden verantwortlich machen für die Schäden, die Politik und Kapital selbst angerichtet haben. Denn die sind es, die seit Jahrzehnten die Infrastruktur und die Öffentlichen Dienstleistungen kaputt „sparen“.

Neoliberale Ziele

Angesichts der sich verschärfenden Krisen des Kapitalismus und möglicher Verteilungskämpfe, soll ein noch mehr eingeschränktes Streikrecht die Gegenwehr gegen betriebliche, gesetzliche und politische Angriffe erschweren. Diese Pläne richten sich gegen die gesamte arbeitende Klasse und alle Gewerkschaften.

Bereits heute ist die Kampf- und Streikfähigkeit der arbeiten-

den Klasse geschwächt. Denn immer weniger Beschäftigte sind gewerkschaftlich organisiert oder arbeiten in einem Tarifbetrieb. Sie haben faktisch kein Streikrecht.

Wenn es dem Kapital gelingt, das Streikrecht weiter einzuschränken, werden auch die streikfähigen Belegschaften geschwächt, und in der Folge wird die Kampfkraft der gesamten arbeitenden Klasse sinken. Damit würde die solidarische Verteidigung kollektiver Interessen sowie die Möglichkeit, gemeinsame Kampferfahrung machen zu können, erheblich erschwert werden.

Dies ist eines der zentralen Ziele des Neoliberalismus. Mit der Beseitigung des Streikrechts soll auch das kollektive und solidarische Klassenbewusstsein beseitigt werden. Sein „Ideal“ ist nicht der solidarische, sondern der nur die eigenen Ziele verfolgende Mensch.

Streikrecht verteidigen und ausweiten

Aus diesem Grund muss das bestehende Streikrecht in Deutschland gegen jede weitere Verschlechterung verteidigt werden. Denn jede weitere Einschränkung macht es der arbeitenden Klasse schwerer, innerhalb des kapitalistischen Profitsystems für die eigenen Ziele zu kämpfen und sich so der eigenen Interessen und Kraft bewusst zu werden.

Darüber hinaus muss für ein uneingeschränktes Streikrecht gekämpft werden. Das heißt, dass auch der betriebliche Streik (mit oder ohne Gewerkschaft), der politische Streik und der Generalstreik rechtmäßig und zulässig werden.

Angesichts der faschistischen Gefahr muss gerade in den Gewerkschaften der politische Generalstreik verstärkt diskutiert und propagiert werden. Denn nur mit der Fähigkeit und der Bereitschaft zum Generalstreik und zu zivilem Ungehorsam kann ein neuer Faschismus verhindert werden. ■



Protest bei Alstom Mannheim, 30. Mai 2011.

Foto: helmut-roos@web.de.

Militarismus und Kriegstreiberei stoppen!

O. T.

Offiziell werden hierzulande in diesem Jahr rund 72 Milliarden Euro für „Verteidigung“ ausgegeben.

Davon entfallen 51,95 Milliarden € auf den regulären „Verteidigungshaushalt“. Weitere rund 20 Milliarden € stammen aus dem 100-Milliarden schweren „Sondervermögen Bundeswehr“, das bereits im Juni 2022 von Bundestag und Bundesrat verabschiedet wurde. Berücksichtigt man weitere Militärausgaben, die in anderen Haushaltsposten und Fonds versteckt sind, belaufen sich die Rüstungsausgaben für 2024 sogar auf insgesamt 85,5 Milliarden €. Seit 2017 haben sie sich damit mehr als verdoppelt.

Im Bundestag brüstete sich „Verteidigungsminister“ Pistorius (SPD) mit den Rekordausgaben. Mit dem Haushalt 2024 werde nun erstmals seit Jahrzehnten eine NATO-Quote von 2,1 Prozent erreicht. Die im Einzelplan 14 und dem „Sondervermögen Bundeswehr“ veranschlagten „rund 72 Milliarden Euro für unsere Streitkräfte“ seien der „höchste Wert seit Bestehen der Bundeswehr“.

Gleichzeitig stellte Pistorius klar, dass dies erst der Anfang sei, um die von ihm geforderte „Kriegstüchtigkeit“ zu erreichen. „Wir müssen uns darauf einstellen, dass die Finanzbedarfe der Bundeswehr dauerhaft steigen“, erklärte er.

Der Bundeshaushalt verfolgt das Ziel, die Kosten dieser Aufrüstungspolitik auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen. Allein der Gesundheitsetat sinkt von 24,48 Milliarden Euro 2023 auf 16,71 Milliarden Euro. 2022 hatte er noch bei 64,4 Milliarden Euro gelegen. Der massive Kahlschlag ist das Ergebnis der „Profite vor Leben“-Politik der Regierung. Nahezu alle Gelder die zwischenzeitlich zum Kampf gegen die Corona-Pandemie zur Verfügung gestellt worden sind, wurden wieder gestrichen und das, obwohl die Folgen der Pandemie immer noch spürbar sind.

Und die Kürzungen gehen weit über die mit COVID-19 verbundenen Ausgaben hinaus. So wird etwa der Bundeszuschuss für die Pflegeversicherung gestrichen, der sich bisher auf eine Milliarde Euro belief. Zukünftig muss er durch höhere Beiträge der Beschäftigten finanziert werden, was vor allem Geringverdiener besonders hart trifft.

Sozialausgaben als Opfer der Kriegstreiberei

Auch in anderen Bereichen sind die Kürzungen gewaltig. 1,5 Milliarden werden direkt bei den Sozialausgaben „eingespart“, davon 600 Millionen beim Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung. Das einzige sozialpolitische Versprechen der Regierung, die Kindergrundsicherung, hatte die Ampel bereits auf ihrer Kabinettsklausur im vergangenen Sommer in Meseberg de facto kassiert. So wurden die von der grünen Familienministerin Paus ursprünglich in Aussicht gestellten 12 Milliarden auf 2,4 Milliarden Euro zusammengestrichen.

Nach dem Verfassungsgerichtsurteil zum Klimafonds im November 2023 hat die Ampel die Kürzungen mit dem „Paket für zukunftsfeste Finanzen, soziale Sicherheit und Zukunftsinvestitionen“ noch einmal massiv verschärft.

Hier nur einige Beispiele:

- Die Ausgaben des „Klima- und Transformationsfonds“ werden in 2024 um 12,7 Milliarden € gekürzt.
- Der Etat des Verkehrsministeriums wird um 380 Millionen € gekürzt.
- Der Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wird um 200 Millionen € abgesenkt.
- Der Bürgergeld-Bonus in Höhe von 250 Millionen € wird gestrichen und der Ansatz für das Bürgergeld abgesenkt, um „Totalverweigerer“ zur Annahme jedes Dreckjobs zu zwingen.
- Nicht abschiebbare Geflüchtete werden durch „Sanktionen bei Pflichtverletzungen“ in Billig-Jobs gezwungen, um Sozialleistungen in Höhe von 500 Millionen € „einsparen“ zu können.

Aufrüstung bekämpfen

Die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung vermindert nicht die Kriegsgefahr, sondern erhöht sie massiv.

Die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Klimazerstörung werden ebenfalls nicht mehr mit der erforderlichen Priorität angegangen.

Die mit der Politik der „Kriegstüchtigkeit“ verbundenen massiven Angriffe auf soziale und demokratische Rechte verstärken den zunehmenden Klassenkampf von oben gegen abhängig Beschäftigte, Rentner:innen, Erwerbslose ...

Dem muss der Widerstand von unten entgegengesetzt werden. 2024 begann mit massiven Bauernprotesten, Streiks bei der Bahn, im Flugverkehrssektor und im öffentlichen Nahverkehr. Hinzu kommen Proteste gegen die Klimazerstörung, gegen Israels Krieg in Gaza und vor allem die Massenbewegung gegen Faschismus.

Das ist ermutigend, reicht aber nicht aus. Die Aufgabe besteht darin, den Widerstand, der sich gegen die herrschende Klasse und ihre politischen Handlanger entwickelt, in einer sozialen Front gegen Kriegstreiberei, Faschismus und Profitgier zusammenzuführen.



Ostermarsch in Mannheim, 30. März 2024.

Foto: helmut-roos@web.de.

Dem Rechtsruck widerstehen – Widerstand organisieren

U. D.

Deutlich mehr als drei Millionen Menschen haben sich seit dem Korrektiv-Bericht vom 10. Januar 2024 an antifaschistischen Aktionen beteiligt. Trotzdem bleibt der Einfluss von AfD & Co. weitgehend ungebrochen. Die AfD hat immer noch hohe Zustimmungswerte und kann bei den Landtagswahlen im Osten sogar stärkste Partei werden.

Der Korrektiv-Bericht brachte zwar keine neuen Erkenntnisse, aber er kam zur richtigen Zeit. Er machte die faschistische Gefahr öffentlich und traf den politischen Nerv breiter gesellschaftlicher Kreise.

In Deutschland nichts Neues ...

Seit Jahrzehnten vernetzt sich das faschistische Spektrum. Menschen mit ausländischen Wurzeln, Geflohene, Obdachlose, Behinderte und Antifaschist:innen werden Opfer von rechter Gewalt und eingeschüchtert. Nahezu ungehindert veröffentlichen Faschisten ihre menschenverachtenden und antidemokratischen Positionen.

So sagte Höcke bereits 2018 im Buch *Nie zweimal in denselben Fluß*, dass „ein groß angelegtes Remigrationsprojekt notwendig“ sei. Dabei würden sich „menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen“. Und an anderer Stelle steht, dass „wir“ beim Aufschlagen des neuen Kapitels „unserer Geschichte [...] leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung und Islamisierung zu widersetzen.“

Diese offene Drohung zeigt wie ernst es Höcke & Co. ist, erneut eine faschistische Diktatur aufzubauen und rücksichtslos rassistische und politische Säuberungen durchzuführen.

Wiederholt sich Geschichte?

Die Reichtags-Wahlen im November 1932 hatte Hitlers NSDAP mit 33,1 % der gültigen Stimmen gewonnen. Am 30. Januar 1933 wurde den Faschisten mit Zustimmung einflussreicher Unternehmer und der bürgerlichen Parteien die politische Macht übergeben. Danach zögerten sie nicht, die vorhandenen „legalen“ Möglichkeiten in ihrem Sinne zu nutzen und am Ende abzuschaffen. Innerhalb weniger Monate errichteten sie ihre blutige Diktatur.

Die vorherigen antifaschistischen Massenaktionen konnten Hitler nicht verhindern. SPD und Gewerkschaften hielten an ihrer Staatstreue fest und glaubten an die Kraft der Republik. Die KPD hielt an ihrer stalinistischen Linie fest und bekämpfte vor allem die SPD. Sie alle unterschätzten die tödliche Gefahr und weigerten sich, eine gemeinsame Einheitsfront gegen den Faschismus aufzubauen und mit einem Generalstreik die faschistische Diktatur zu verhindern.

Aus der Geschichte lernen ...

Auch AfD & Co. wollen die parlamentarisch-kapitalistische Demokratie durch eine faschistische Diktatur ersetzen.

Auch sie werden „legale“ Möglichkeiten nutzen, um ihre antidemokratischen Ziele durchzusetzen, die Alltagskultur zu verändern sowie die politischen und sozialen Rechte massiv einzuschränken oder zu beseitigen.

Darum muss nicht nur vor Wahlen und in den gewählten Gremien und Parlamenten alles dafür getan werden, dass keine Faschist:innen in Regierungs- und Führungspositionen kommen. Das schließt auch Anti-AfD-Bündnisse mit bürgerlich-kapitalistischen Kräften mit ein.

Doch das bedeutet nicht, auf Parlamente und bürgerliche Parteien zu vertrauen. Denn gerade deren an den Interessen des Kapitals ausgerichtete Politik ebnet den Weg für die Faschisten. Zudem ist ungewiss, ob und wie lange die „Brandmauer“ gegen die AfD wirklich hält.

Darum darf zu keiner Zeit auf Kritik an dieser Politik und auf Widerstand dagegen zu Gunsten eines „gemeinsamen Anti-Faschismus“ verzichtet werden. Im Gegenteil, der Kampf gegen den Faschismus ist untrennbar mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbunden.

... und Gegenwehr organisieren

Angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks und dem Aufschwung der Faschisten ist die Gefahr eines neuen Faschismus real. Dagegen Widerstand zu organisieren heißt:

- wo immer möglich, Kämpfe gegen das kapitalistische Profitsystem und die kapitalistische Politik zu initiieren oder zu unterstützen
- eine solidarische Front aufzubauen, die die vom Faschismus besonders bedrohten Menschen und Gruppen einbezieht
- nicht zuletzt vor Wahlen die politische Aufklärung zu verstärken und antifaschistische Massenaktionen zu organisieren
- in den sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften die stärksten politischen Waffen gegen den Faschismus zu propagieren und zu diskutieren – den massenhaften zivilen Ungehorsam und den Generalstreik. ■



Demo gegen die Krise in Frankfurt/M., 28. März 2009.

Foto: Privat.

GDL erstreikt 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich

H. S.

Nach einer fünfmonatigen, erbittert geführten Auseinandersetzung haben die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und die Deutsche Bahn AG (DB AG) am 26. März 2024 einen Tarifabschluss erzielt, der für Eisenbahnerinnen und Eisenbahner wichtige Verbesserungen beinhaltet.

Gegen alle Widerstände des Bahnvorstands und übelster medialer und politischer Hetze ist es der Gewerkschaft gelungen, nicht nur das Hauptziel durchzusetzen, die Absenkung der Arbeitszeit für Schichtarbeitende und den stufenweisen Übergang in die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, sondern zudem noch akzeptable Entgelterhöhungen. Auch wenn die 35-Stundenwoche erst in 2029 endgültig erreicht sein wird, ist dies ein großer Erfolg, der ohne die Streiks nicht erreicht worden wäre.

Das sind die zentralen Vereinbarungen des Abschlusses:

- Allgemeine Erhöhung der Monatsentgelttabellen um einen Festbetrag in Höhe von 210 Euro zum 1. August 2024 und um weitere 210 Euro zum April 2025.
- Erhöhung bei Auszubildenden und Studierenden zu den gleichen Zeitpunkten hälftig.
- Erhöhung der dynamisierten Zulagen um jeweils vier Prozent zum 1. August 2024 und zum 1. April 2025
- Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie (IAP) in Höhe von 2.850 Euro (Teilzeitarbeitnehmer anteilig) und in Höhe von 1.425 Euro für Auszubildende und Dual-Studierende.
- Durchsetzung der Fünf-Tage-Woche mit Begrenzung der maximalen Länge von Arbeitsphasen von bisher 144 Stunden auf 120 Stunden ab 1. Januar 2025.
- Schrittweise Absenkung der jeweils maßgeblichen Referenzarbeitszeit um drei Stunden von 2026 bis 2029 für Schichtarbeitende ohne anteilige Entgeltkürzung. Es soll aber die Möglichkeit geben, mehr Stunden zu arbeiten. Wer das möchte, erhält pro Stunde 2,7 Prozent mehr Entgelt.
- Zuschuss zum Deutschland-Ticket von monatlich 12,25 Euro.
- Keine Ausweitung des Geltungsbereiches der GDL-Tarifverträge auf InfraGO AG und RegioNetz Infrastruktur GmbH.
- Anpassung Besondere Teilzeit im Alter. Sie wird weiterhin mit dem Einstiegsalter von 59 Jahren beginnend fortgeschrieben. Dabei wird das Arbeitszeit-Soll auf 1.607 Stunden festgelegt (Wert der bisherigen 81 Prozent). Demnach sinkt das Arbeits-



GDL-Streik in Mannheim, 11. Januar 2024.

Foto: helmut-roos@web.de.



GDL-Streik in Mannheim, 11. Januar 2024.

Foto: helmut-roos@web.de.

zeit-Soll mit Absenkung der Arbeitszeit für Schichtarbeiter nicht zusätzlich. Das Zugangsalter bleibt im Jahr 2024 zunächst bei 59 Jahren und wird dann in den Folgejahren bis 2030 pro Jahr um ein halbes Jahr angehoben.

- Die Laufzeit beträgt für die monetären Komponenten sowie die Regelung zur Fünf-Tage-Woche 26 Monate (bis 31. Dezember 2025). Alle weiteren Inhalte haben eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2028.

Die GDL konnte sich mit der Forderung, die bestehenden Tarifverträge für den Netzbetrieb- und Netzstandhaltung zu übernehmen, noch nicht durchsetzen. Sie will dies in der kommenden Tarifrunde aber erneut auf die Agenda setzen.

Allerdings gelang es der GDL alle Gegenforderungen des Bahnkonzerns abzuwehren. Dies betrifft unter anderem die Themen Arbeit in Arbeitszyklen (DB Cargo), Multifunktionales Transportpersonal (DB Cargo), Abwertung der Wochenendruhen, Erhöhung des Dispoanteils in der Monatsplanung, Anpassungen zum Jahresschichtasterplan, Verrechnung von Minder- und Überstunden, Abfluss von Zeitguthaben aus dem Ausgleichskonto, Liquidation des FairnessPlan e. V.

Es lohnt sich zu streiken

Lange sah es so aus, als sei die DB AG zu keinerlei Arbeitszeitverkürzung zu bewegen, weil sie sich mit der größeren Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) ja auch bloß auf eine Gehaltserhöhung verständigt hatte.

Nun ist es der GDL gelungen, dieses Tabu zu durchbrechen. Dass sie auch noch eine zusätzliche Lohnsteigerung um insgesamt 420 Euro brutto pro Monat rausgeholt hat, sollte der EVG zu denken geben, die sich mit nur 410 Euro zufriedengegeben hatte –

ohne Arbeitszeitverkürzung.

Der GDL-Abschluss beweist trotz einiger Zugeständnisse, dass es sich lohnt, sich nicht unterkriegen zu lassen und zu kämpfen. Andere Gewerkschaften, für die der Begriff Erzwingungsstreik ein Fremdwort ist, müssten davon sehr viel lernen können.

Dass nun die DB AG so tut, als hätte sie der GDL unheimlich viel abgerungen, weil der Tarifabschluss auch Abweichungen von der Regelarbeitszeit nach oben bis zu einer 40-Stunden-Woche zulässt, ist allein dem Versuch der Gesichtswahrung geschuldet.

Wenn das Bahnvorstandsmitglied Seiler jetzt davon schwärmt, dies gebe den Beschäftigten „den individuellen Freiraum, sich für das zu entscheiden, das am besten zu ihnen und ihrer Lebensphase passt“, dann stimmt das zwar – aber zur Wahrheit gehört, dass die GDL keineswegs eine „Arbeitszeitverkürzung“ gefordert hatte, „die allen zwangsweise übergestülpt wird“, wie Seiler unterstellt.

Tatsächlich hat die GDL das Modell, das sie jetzt mit der DB vereinbart hat, bereits zuvor mit 29 kleineren Schienenverkehrsunternehmen abgeschlossen. Diese Flexibilität musste ihr also nicht mehr abgerungen werden. Entscheidend war für die GDL vielmehr das Ziel der 35 Stunden pro Woche als Regelarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich – wovon auch diejenigen etwas haben, die länger arbeiten wollen, weil sich die DB das jetzt etwas kosten lassen muss.

In den kommenden knapp zwei Jahren werden die Züge jedenfalls nicht mehr wegen eines Streiks der GDL verspätet kommen oder ausfallen. Die Verspätungen und Ausfälle sind wie bisher der maroden und kaputt gesparten Infrastruktur, dem katastrophalen Agieren des Bahn-Managements und letztlich einer Verkehrspolitik im Interesse der Autokonzerne geschuldet. ■

Faschismus im Betrieb

Weiter wegschauen oder bekämpfen?

T. E. / H. N.

Rechte Einstellungen finden sich immer mehr auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. Bei den Bundestagswahlen 2021 erhielt die AfD 12,2 Prozent der Zweitstimmen von gewerkschaftlich Organisierten. Von allen Wählenden waren es „nur“ 10,3 Prozent, die ihre Zweitstimme für die AfD abgaben.

Die größte Gefahr in der Arbeitswelt sind derzeit nicht rechte Betriebsratslisten wie „Zentrum Automobil“, sondern die Auswirkungen des gesellschaftlichen Rechtsrucks *in* den Betrieben, den Betriebsräten und den Gewerkschaften.

Aufgrund der Anpassung an die Zumutungen der herrschenden Verhältnisse ist eine gewerkschaftliche Prägung selbst sehr vieler Gewerkschaftsmitglieder nicht oder nur wenig vorhanden.

Das zeigt sich auch darin, dass die direkte Auseinandersetzung mit rassistischen und faschistischen Positionen in der Arbeitswelt eher selten ist. Sie ist aber unersetzbar.

Am konkreten Beispiel des nachfolgenden, in Auszügen dokumentierten Wortwechsels kann dies verdeutlicht werden. Er hat in einem Industriebetrieb unserer Region wegen einer AfD-kritischen Veranstaltung stattgefunden.

Hallo,

... Du fragst, warum sich die Gewerkschaft an politischer Hetze beteiligt?

Hier muss ich konkret zurückfragen. Was meinst du damit, an welcher Hetze beteiligt sich die Gewerkschaft? Mir ist nicht bewusst, dass sich die Gewerkschaft an politischer Hetze beteiligt. Jedenfalls auch nicht im Zusammenhang mit der Einladung zu der Veranstaltung, die ... über den Charakter der AfD aufklären will.

Immerhin handelt es sich bei der AfD um eine Partei, die sich ganz konkret mit der „Remigration“ vieler unserer Kolleginnen und Kollegen ... befasst und diese fordert. Darüber aufzuklären hat nichts mit politischer Hetze zu tun. Es sei denn, man hat ein anderes Demokratieverständnis und unterstützt solche Positionen. Davon gehe ich aber bei dir nicht aus und lade dich dazu ein, die Veranstaltung ... zu besuchen. Da könnte ich auch noch genauer auf Deine Fragestellung eingehen.

Mit freundlichen Grüßen

Hallo,

zu solchen Veranstaltungen von Grün-Bunten, toleranten Menschen gehe ich nicht mehr.

Diese Menschen tolerieren nur ihre Meinung. Ich wurde schon angeschrien und körperlich angegriffen wegen meiner Fragen.

Gruß

Hallo,

das war keine Veranstaltung von Grün-Bunten. Dort hat der für das Thema AfD zuständige Mensch vom Bundesvorstand des DGB gesprochen und hat in sachlicher Form auf die Probleme hingewiesen, die gerade den abhängig Beschäftigten entstehen, wenn die AfD an die Macht kommen sollte. Was hast Du im Übrigen gegen tolerante Menschen? Toleranz ist doch eine Tugend und eben nicht, dass nur eine Meinung, nämlich nur die eigene gilt. Toleranz heißt auch andere so zu akzeptieren wie sie sind. Genau das macht die AfD nicht. Sie spricht vielen Menschen das Lebensrecht in diesem Land ab, selbst wenn sie

hier geboren sind. Du solltest mal Deine eigene Meinung vor diesem Hintergrund hinterfragen ...

Mit freundlichen Grüßen

Hallo,

sicher hast du von dem schrecklichen Anschlag in Russland gehört.

Der IS hat sich dazu bekannt. Wie du weißt, sind in Deutschland auch tausende Kämpfer des IS und bekannte potentielle Gefährder.

Selbst Nancy Faeser, die ja als deutsche Innenministerin eher auf Seiten der ausländischen Mitbürger ist, als auf Seiten ihrer Landsleute, befürchtet auch Anschläge in Deutschland. Wie stellt sich denn die Gewerkschaft zur missratenen Migrationspolitik der CDU-Regierung unter Mama Merkel und unter der jetzigen Ampelregierung. Ich und 25% der deutschen Wähler haben mehr Angst davor, als vor der AfD.

Gruß

Hallo,

ich finde es ungeheuerlich, wie du den schrecklichen Anschlag in Russland für den Zweck der Diffamierung einer ganzen Bevölkerungsgruppe instrumentalisiert. So wie du es darstellst, sind quasi alle „ausländischen Mitbürger“, zumindest diejenigen mit muslimischem Glauben, potentielle Gefährder, die hier in Deutschland nichts verloren haben. Das ist pure AfD-Propaganda, die darauf abzielt die Gesellschaft und die Belegschaften zu spalten und unschuldige Menschen in Mithaftung zu nehmen. Indem du behauptest, mehr Angst vor der Migrationspolitik der Regierung zu haben als vor der AfD, zeigst du, wes Geistes Kind du bist. Offensichtlich ist es dir schießegal, was solche Leute wie ... Gauland (der Faschismus ist nur ein Vogelschiss der Geschichte) öffentlich vertreten, wie sie den deutschen Faschismus unter Hitler verharmlosen und sogar wie Höcke verherrlichen. Deine Position ist durch und durch rassistisch ...

Solche Positionen haben in der Gewerkschaft nicht verloren. Wer die Belegschaften spalten will, indem er die Anwesenheit seiner ausländischen Kolleginnen und Kollegen durch solche Unterstellungen in Frage stellt, der hat auch im Betrieb nichts verloren ... ■

„Warum sind Frauen besonders vom Faschismus bedroht?“

R. G.

Weltweit gewinnen reaktionäre und faschistische Kräfte an Einfluss. Gleichzeitig nimmt die Gewalt gegen Frauen zu und werden Frauenrechte eingeschränkt. Wie untrennbar dies miteinander verbunden ist, diskutierten wir bei unserem Infoabend im März 2024 unter der Fragestellung „Warum sind Frauen besonders vom Faschismus bedroht?“

Unsere Referentin gelang es sehr gut, in dieses Thema einzuleiten. Dabei konzentrierte sie sich in ihrem Vortrag auf wesentliche Aspekte der Frauenunterdrückung durch den Faschismus – die Alltagskultur, die Rolle als Pflegende, die Rolle als Mutter sowie die Gewalt gegen Frauen.

Aspekte der Unterdrückung

Der Faschismus verfestigt die alltägliche Unterdrückung von Frauen. Er drängt Frauen ins „Private“ und weist ihnen die Rolle von Pflegenden zu. Dies steht im engen Zusammenhang mit Kürzungen im Sozialbereich. Denn die notwendige Betreuungs- und Pflegearbeit muss dann im familiären Umfeld geleistet werden, und dies geschieht vor allen durch Frauen.

Frauen sind im faschistischen Weltbild erst dann wirkliche Frauen, wenn sie (möglichst viele) Kinder geboren haben und Mütter sind. Dabei sollen sich Frauen in schlimmster „rassehygienischer“ Tradition nur mit Männern des „eigenen Volkes“ paaren und so das „eigene Volk“ vermehren.

Diese zugewiesenen Rollen machen es Frauen kaum möglich, eine existenzsichernde Vollzeitstelle anzunehmen. So werden sie noch stärker in die Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung und/oder von „ihren“ Männern gezwängt. Je größer diese Abhängigkeit ist, desto mehr sind Frauen männlicher Gewalt ausgeliefert.

Auch die Militarisierung der Gesellschaft erzeugt Gewalt gegen Frauen. Denn diese steht – wie der Faschismus – für ein aggressives Männerbild und legitimiert Gewalt als Konfliktlösung. Von dieser Gewalt sind Frauen besonders betroffen; in zugespitzter Form durch den gezielten Einsatz sexualisierter Gewalt gegen Frauen in Kriegen.

Was tun?

Zum Schluss entwickelte unsere Referentin eine Perspektive des Widerstands. Gegen die gesellschaftliche Entwicklung und die faschistische Bedrohung muss der Kampf für eine solidarische Gesellschaft, in der es keine sozialen Unterschiede zwischen den Geschlechtern und den Klassen mehr gibt, geführt werden.

Aktuell bedeutet dies unter anderem, für gleiches Entgelt bei vergleichbarer Arbeit sowie für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich einerseits, aber gegen die Vergewaltigungs-Unkultur und gegen Kürzungen im sozialen und gesundheitlichen Bereich andererseits zu kämpfen.

Diskussion mit Tiefgang

Ein Diskussionsthema war, inwiefern der historische Faschis-

mus die Durchsetzung des „radikalsten Patriarchats“ gewesen sei. Dabei wurde klar, dass der Faschismus ein extrem tiefer historischer Einschnitt war, dessen Folgen bis heute nachwirken. Er zerschlug gewaltsam nicht nur die alte Arbeiterbewegung, sondern auch die politische Frauenbewegung und beseitigte die durch diese erkämpften Errungenschaften.

Ein weiterer Punkt war die Frauenunterdrückung in der kapitalistischen, neoliberalen parlamentarischen Demokratie. Denn auch in den industriell entwickelten, kapitalistischen Ländern ist Armut nach wie vor weiblich, erfahren Frauen mehrfache Unterdrückung und sind Frauen alltäglicher Gewalt ausgesetzt.

Diskutiert wurde auch, dass „moderne“ Faschisten hinter einer „frauenfreundlichen“ Maske weiterhin ihr reaktionäres Frauenbild vertreten. Daran ändern auch Frauen in faschistischen Führungspositionen nichts. Im Kern ist der „moderne“ Faschismus der „alte“ Faschismus geblieben: autoritär, männerorientiert und frauenfeindlich.

Am Ende ging es um die Frage, was angesichts der realen faschistischen Gefahr getan werden kann. Die Teilnehmenden waren sich darin einig, dass mehr Aufklärung über den Faschismus und die Entwicklung glaubwürdiger gesellschaftlicher Solidarität notwendig sind.

Wichtige Schritte dabei sind der Aufbau einer solidarischen Front, die antifaschistische Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften und die wirksame Unterstützung gesellschaftlicher und gewerkschaftlicher Frauenkämpfe. ■



Kundgebung gegen rechts in Ludwigshafen, 3. Februar 2024. Foto: helmut-roos@web.de.

Zum Wiederaufleben von Faschismus und Rassismus

N. B.

Welche sozialen und ökonomischen Entwicklungen liegen dem Erstarken des Faschismus historisch und aktuell zugrunde? Wie hängen die Ursachen zusammen? Und wo befinden wir uns in diesem Gefüge bedrohlicher Entwicklungen heute?

Mit diesen Fragen beschäftigten wir uns bei unserem Lese- und Diskussionsnachmittag am 23. März 2024. Als Lektüre diente uns Ernest Mandels „Der sozioökonomische Hintergrund für das Wiederaufleben von Faschismus und Rassismus“ (Theoriebeilage zu *Avanti*² von März 2024). Dieser knapp 30 Jahre alte Text ist aktueller denn je.

Unsere krankheits- und urlaubsbedingt kleine Runde ermöglichte uns eine noch intensivere Diskussion als sonst. Wir erarbeiteten uns Mandels Text gemeinsam, konkretisierten ihn anhand von Beispielen und versuchten uns an seiner Überprüfung angesichts der aktuellen politischen und ökonomischen Entwicklungen.

Der Faschismus und die Wirtschaft

Am Anfang des faschistischen Aufschwungs steht eine tiefe Wirtschaftskrise, die Menschen dazu bringt, mehr als sonst nach „abenteuerlichen“ Auswegen zu suchen, schreibt Mandel. In den späten 1920er und frühen 1930er Jahren profitierten davon letztlich rechte und faschistische Kräfte stärker als linke. Errungenschaften der damaligen Arbeiterbewegung insbesondere im Zusammenhang mit der November-Revolution machten die Faschisten 1933 in kürzester Zeit zunichte.

Wenn sich schon damals die Faschisten durchsetzen konnten, wie stehen dann heute die Chancen emanzipatorischer Kräfte? Zumal angesichts einer schwachen und gespaltenen linken Bewegung, die in großen Teilen den Bezug zur arbeitenden Klasse verloren oder gar verleugnet hat? Auf diese Fragen sollten wir später noch zurückkommen.

Doch wie kommt es überhaupt, dass rechte bis faschistische Ten-

denzen sich angesichts einer massiven Wirtschaftskrise durchsetzen können? Hier stellt Mandel als ganz wesentlich die Unterstützung durch entscheidende Sektoren des Großkapitals heraus.

Indem Sozialleistungen gekürzt und Arbeitskämpfe eingeschränkt oder verboten werden, stellt die herrschende Klasse diejenigen still, die ihr tatsächlich gefährlich werden können. Bis das Großkapital jedoch definitiv in eine faschistische Diktatur investiert, durchläuft sein Zusammenwirken mit der faschistischen Partei mehrere Stufen.

Die Machtübertragung 1933 an Hitler und seine NSDAP war für die herrschende Klasse mit der Erwartung einer Beseitigung aller Hemmnisse für eine maximale Profitsteigerung verbunden. Im deutschen Faschismus zeigte sich das Erreichen dieser Zielsetzung laut Mandel in vollem Ausmaß 1938: „Im Jahr 1938 lagen die Gewinne bei gleicher Gesamtlohnsumme wie im Jahr 1928 um das Dreifache (Steigerung um 300 %) über den Gewinnen des Vorjahres.“

Heute erhält die AfD bereits großzügige Spenden einiger Kapitalisten. Allerdings ist eine offene Unterstützung der AfD durch großkapitalistische Kreise bisher eher eine Ausnahme.

Dagegenhalten mit Kämpfen

Die Stimmung bei unserem Lesekreis war entsprechend der bedrohlichen Lage sehr ernst, keinesfalls aber hoffnungslos. Mut machen einerseits die Millionen Menschen, die seit Monaten gegen den Faschismus auf die Straße gehen. Hoffnung geben aber auch Ansätze, betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe in ganz konkreten Situationen dem Kapital und einer zunehmend reaktionären Politik entgegenzustellen.

Nicht zu vergessen sind dabei die ideologischen Kämpfe, die tagtäglich geführt werden können und müssen.

Zum einen gegen mythische und irrationale Erzählungen mit ihren Verschwörungsgeschichten. Gegen das rassistisch motivierte Erfinden von Sündenböcken. Gegen das völkische Lügenkonstrukt eines „einheitlichen Volkskörpers“ und gegen den Hass auf „das Fremde“.

Zum anderen ideologische Kämpfe für eine konkrete Utopie der direkten Demokratie, der Vergesellschaftung aller wesentlichen Bereiche, der rechtlichen und sozialen Gleichstellung von Minderheiten und marginalisierten Gruppen.

Einige von uns setzten sich nicht zum ersten Mal mit Mandels Text zum Wiederaufleben des Faschismus auseinander. Durch die solidarische Diskussion in der Gruppe empfanden aber alle den Lese- und Diskussionsnachmittag als eine politische und persönliche Bereicherung, so das Fazit der Teilnehmenden. ■



Kundgebung gegen Faschismus in Ludwigshafen, 3. Februar 2024.

„Den Faschismus bekämpfen – aber wie?“

Frühjahrsseminar der ISO-Rhein-Neckar

Samstag, 20.04.24, um 13:30 Uhr in Mannheim

O. G.

Die faschistische Bedrohung wächst. Ihr Aufstieg ist untrennbar mit der Entwicklung des neoliberalen Kapitalismus verbunden. Die Massenbewegung gegen den Rechtsruck ist sehr erfreulich, aber es bedarf mehr als Demonstrationen, um den Faschismus besiegen zu können.

Die Frage „Den Faschismus bekämpfen – aber wie?“ steht bei unserem Frühjahrsseminar 2024 im Zentrum.

Drei Themenblöcke sollen uns bei der Suche nach Perspektiven helfen:

- Was sind die Ursachen für das Aufkommen des historischen Faschismus?
- Wie ist der „moderne“ Faschismus zu verstehen?
- Was tun gegen die faschistische Bedrohung – im politischen Raum, in der Arbeitswelt und im gesellschaftlichen Alltag?

Mit Referaten, Kurzfilmen, Lesungen, Musikbeiträgen und natürlich vielen Diskussionen wollen wir versuchen, in einem entspannten Rahmen gemeinsame Antworten auf diese brennende Frage der Gegenwart zu finden.

Wir freuen uns auf Eure Teilnahme und bitten aus organisatorischen Gründen um verbindliche Anmeldung.

Im Anschluss an das Seminar möchten wir den Tag zusammen ausklingen lassen. ■

Anmeldung

- Persönlich: Bei unseren Aktiven
- Brief: ISO Rhein-Neckar, Postfach 1026110, 68026 Mannheim
- Tel./Fax: +49(0)621/42948154
- E-Mail: info@iso-4-rhein-neckar.de



1. Mai-Demo in Mannheim, 1. Mai 2022.

Kein Geld für eine KZ-Gedenkstätte Kislau? Oder: „Wo fängt Unrecht an?“

E. B.

Am Sonntag, den 18. Februar 2024, hatte die ISO Rhein-Neckar erneut zur *Spurensuche* eingeladen. Eine kleine Schar Interessierter besuchte daher die Ausstellung „Wo fängt Unrecht an?“ im Heidelberger Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma.

Das dort zeitweise untergebrachte „mobile Geschichtslabor“ des Lernorts Kislau e. V. vermittelte nicht nur Wissen über das am 21. April 1933 von den Faschisten errichtete KZ Kislau. Es ermöglichte zudem, zwischen „Recht und Unrecht“ unterscheiden und die eigenen Positionen überprüfen zu können. Kurze bewegte Bildgeschichten mit Text und Ton („Motion Comics“) veranschaulichten die Schicksale von inhaftierten Antifaschisten.

Zum Beispiel wurde die von den Faschisten im Mai 1933 organisierte „Schaufahrt“ von Verhafteten im offenen LKW nach Kislau dargestellt. In Karlsruhe gelang es den braunen Machthabern, die gewünschten öffentlichen Anfeindungen gegen sozialdemokratische „Systempolitiker“ zu inszenieren.

Bei der Zwischenstation Bruchsal hingegen blieben die Straßen zur Enttäuschung der Faschisten leer. Die Hintergründe dieser Besonderheit werden leider im Film nicht erklärt. Offensichtlich waren sie ein Nachwirken der dort bis 1933 einflussreichen örtlichen Einheitsfront der Arbeiterbewegung. Initiiert wurde sie von unseren Genossinnen und Genossen der Linken Opposition der KPD im Oktober 1931. Im Spätsommer 1932 verließ jedoch die SPD die Bruchsaler Einheitsfront!

Im KZ Kislau hielten die Faschisten von 1933 bis 1939 rund 700 Nazi-Gegner aus Baden gefangen. Einer von ihnen war unser Genosse Willy Boepple (1911–1992). Andere bekannte Mannheimer Häftlinge waren Georg Lechleiter (1885–1942) und Paul Schreck (1892–1948).

Seit einigen Jahren will der Verein Lernort Zivilcourage & Widerstand im einstigen KZ Kislau einen festen „Lernort“ errichten. Auch aufgrund der zunehmenden faschistischen Bedrohung ist es ein Skandal, dass dieses Projekt bisher wegen fehlender öffentlicher Mittel nicht realisiert worden ist. ■



Ehemaliges KZ Kislau, 11. April 2014.

Foto: Michael Linnebach/gemeinfrei

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- MO, 01.04.2024, Osterspaziergang, 14:00 Uhr, Coleman Barracks MA
- DO, 04.04.2024, 20:00 Uhr, „Als wäre es gestern gewesen“ – Lieder gegen rechts, Werkhaus, Mozartstr. 9-11, MA
- FR, 12.04.2024, 19:00 Uhr, „Die faschistische Bedrohung gestern und heute – Was nun?“ Vortrags- und Diskussionsabend im Netz mit Helmut Dahmer (Wien)
- MI, 17.04.2024, 17:00 Uhr, „Auftakt des Terrors“ – Führung in Ausstellung über frühe KZ, Abendakademie, U1, 16-19, MA
- MI, 17.04.2024, 19:00 Uhr, Antifaschistischer Filmabend „Viktors Kopf“, Nukleus, Bismarckstr. 75, 67059 LU
- DO, 18.04.2024, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- SAM, 20.04.2024, 13:30 Uhr, „Was tun gegen Faschismus?“, Frühjahrsseminar der ISO Rhein-Neckar, MA
- FR, 26.04.2024, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema
- DI, 30.04.2024, 19:00 Uhr, „Festung Europa als Gefahr für unsere Demokratien?“, Abendakademie, U1, 16-19, MA

Vorschau

- MI, 01.05.2024, 10:00 Uhr, DGB-Demo ab Gewerkschaftshaus MA mit anschließender Kundgebung auf dem Marktplatz
- MI, 01.05.2024, 11:00 Uhr, DGB-Kundgebung auf dem Marktplatz MA
- FR, 30.05.2024, bis SO, 02.06.2024, Ökosozialistische Konferenz der ISO



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
ViSdP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

